

ANTRÄGE

1) Schließung GIS-Büro in Graz – fehlende Beratung

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Vor kurzem hat das GIS-Büro in Graz wegen angeblich zu geringer Auslastung seine Pforten geschlossen. Das trifft ganz besonders ältere Personen und Menschen mit Behinderung, da diese zumeist eine persönliche Beratung bzw. Unterstützung bei verschiedenen Anliegen, wie z.Bsp. beim Ansuchen um Befreiung, benötigen. Die persönliche Beratung gibt es laut GIS-Internetseite nur mehr in den Städten Linz und Wien.

Seitens des Grazer Behindertenbeirates wurde diesbezüglich schon starke Kritik geübt.

Auf der Homepage der GIS wird man darüber informiert, dass in diversen Stellen der Stadt Graz (Bezirksämter, ServiceCenter usw.) sowie den Raiffeisenfilialen Formulare des Gebühreninfoservices „hinterlegt“ sind und für Fragen eine Hotline eingerichtet ist. Dies als „Ersatz“ zu bewerben, ist eine Schikane für viele Menschen.

Dem Behindertenbeirat und auch mir geht es um die persönliche Beratung und nicht darum, wo Formulare aufliegen – besonders dann, wenn auf der anderen Seite der ORF die Gebühren für SeherInnen und HörerInnen laufend anhebt bzw. die GIS das Service zurückfährt.

Dass die niedrige Frequenz ein eigenes ServiceCenter in Frage stellt, ist ein Argument, aber die Post hat es mit den „Postpartnern“ vorgezeigt, wie eine notwendige Strukturveränderung bei gleich bleibender Qualität umsetzbar ist.

Die GIS ist gefordert, beim Übertragen von Aufgaben für die notwendigen finanziellen Mittel einer personellen Information und Beratung zu sorgen und nicht einfach nur Formulare zu hinterlegen.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g:

Die GIS (Gebühren Info Service GmbH) wird dringlich aufgefordert, einen entsprechend finanziell ausgestatteten Beratungsauftrag im Sinne der Hilfesuchenden an die derzeitige Formularausgabe zu koppeln.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Step by Step – next Step

GR. Hohensinner stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die derzeitige Gesetzeslage integriert Menschen mit Behinderung am ersten Arbeitsmarkt, die eine Leistungsfähigkeit von über 50% aufweisen. Der Rest kann sich „nur“ in geschützten Werk- und Förderstätten verwirklichen.

Durch das von Bürgermeister Siegfried Nagl initiierte Projekt „Step by Step“ wurden Personen mit einem hohen Handicap in den Magistratesdienst integriert.

Dieser Versuch gestaltete sich mit einem flexiblen Unterstützungsrahmens innerhalb des BHGs und ermöglichte, den gesetzlichen Änderungsbedarf aufzuzeigen. Die TeilnehmerInnen wurden in den Magistratesdienst übernommen.

Ziel des neuen Ansatzes ist es, dass die/der ArbeitgeberIn die real erbrachte Leistung bezahlt, seitens der öffentlichen Hand eine notwendige Arbeitsassistenz bereitgestellt und ein Kostenzuschuß (bis hin zum Kollektivvertrag) gewährt wird.

Diese Neuerung hätte mehrere Vorteile. Bei gleich bleibenden Kosten könnte die beschriebene Zielgruppe am erste Arbeitsmarkt integriert werden, erfahren so durch die Aufgabe Selbstwertgefühl und können sich mit dem eigenen Gehalt auch sozialversichern.

Im Gemeinderat beschlossen wir bereits eine Petition, die die notwendigen Gesetzesänderungen formulierte:

http://www.graz.at/cms/dokumente/10115090_410977/8fdac70a/A5_1570_04_54.pdf

Personalstadtrat DI Gerhard Rüscher hat ein Folgeprojekt von „Step by Step“ in Vorbereitung. Hierbei soll Bewerberinnen und Bewerbern mit Behinderung im Haus Graz die Möglichkeit gegeben werden, sich über einen vordefinierten Zeitraum mit der notwendigen Assistenz in verschiedenen Abteilungen des Magistrates zu erproben, um gegebenenfalls auch von der Stadt übernommen zu werden. Leider gibt es seitens des Landes (Soziallandesrats Schrittwieser) noch keine Unterstützung.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

A n t r a g:

Die für Arbeit und Beschäftigung zuständige Vizebürgermeisterin Drⁱⁿ Martina Schröck wird beauftragt,

1. mit den für Soziales zuständigen LHStv. Schrittwieser in Verhandlungen zu treten, um im Rahmen des Stmk. BehindertenhilfeG das Folgeprojekt für „Step by Step“ im Magistrat zu ermöglichen;
2. mit Bund und Land in Verbindung zu treten, um die im ursprünglichen DA geforderten Gesetzesänderungen voranzutreiben.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Unterstützungsmaßnahmen

GR.ⁱⁿ Kaufmann und GR. Mag. Spath stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bildungspolitisch gibt es viele Herausforderungen. Dazu zählen auch die Anforderungen an die Pädagoginnen und Pädagogen, die jeden Tag für Schülerinnen und Schüler da sind und im Interesse des Kindes versuchen, die Talente zu stärken und zu fördern. Allerdings werden - aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen - auch die Anforderungen an die Pädagoginnen und Pädagogen immer größer. Familiäre und persönliche Probleme werden in die Schule mitgebracht und werden dadurch auch zu den Problemen der Lehrerinnen und Lehrer gemacht.

Dort, wo Supportpersonal (Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Schulpsychologinnen und -psychologen, etc.) an Schulen vorhanden ist, ist es nur im sehr geringen Stundenausmaß im Dienst. Die Bezugspersonen für die jungen Menschen sind daher die Lehrerinnen und Lehrer in den Klassen.

Die meisten Pädagoginnen und Pädagogen sind mit einem sehr großen Einsatz für ihre Schützlinge da und werden somit über ihre eigentliche Tätigkeit hinaus, nämlich der Wissensvermittlung, stark belastet. In vielen anderen Berufsgruppen (z.B. Sozialarbeiter) ist die Supervision bereits Teil der Arbeit. Damit es den Lehrerinnen und Lehrern gelingen kann, auch ein ganzes Berufsleben lang für ihre Kinder bzw. Jugendliche da zu sein, sollte auch in diesen Berufstand die bedarfsorientierte Supervision Einzug finden, damit auch die eigene Gesundheit erhalten bleibt.

Darüber hinaus gibt es auch andere Berufsgruppen, wie etwa bei den Einsatzkräften der Polizei, wo dies auch ein wichtiger Bestandteil wäre.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Die Stadt Graz möge an den Landes- und Bundesgesetzgeber herantreten und einen zügigen Aufbau von qualifiziertem Supportpersonal und Maßnahmen (z.B. Supervision) sicherstellen, um die Schülerinnen und Schülern sowie den Pädagoginnen und Pädagogen die nötigen Unterstützungen zu geben und im Rahmen dieser Überlegungen auch für weitere Berufsgruppen, die gefordert sind mit neuen Herausforderungen, bedarfsorientierte Supervision zu implementieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Erarbeitung von Richtlinien für die Genehmigung von Werbetafeln über den Eingängen von Geschäftslokalen

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Schimautz** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im heurigen Jahr häuften sich Beschwerden von UnternehmerInnen betreffend die Genehmigungen zur Anbringung von Firmentafeln oberhalb der Eingänge von Geschäftslokalen.

Diese sind auf Basis der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 25. November 1985 über die Gestaltung von Ankündigungen im Schutzgebiet nach dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz 1980 (Stammfassung: LGBl.Nr. 3/1986) bei der Bau- und Anlagenbehörde zu beantragen.

Diese stützt sich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens in der Beurteilung der Gestaltung und der Anbringung dieser Ankündigungs-/Firmentafeln im Wesentlichen auf die gutachterliche Spruchpraxis der Altstadtsachverständigenkommission (im Folgenden kurz: ASVK).

Damit verbunden sind jedoch – so die Kritik der UnternehmerInnen - oft langwierige Verfahrensprozesse mit mehrmaliger Vorlage von geänderten Einreichplänen, welche die Ausführungsart und die Platzierungsstelle derartiger Werbetafeln an der Häuserfront visualisieren sollen, weil die ASVK oftmals die ersteingereichten Ankündigungstafeln beanstandet.

Dies führt zu finanziellen Mehrbelastungen seitens der UnternehmerInnen, da diese zumeist durch einen Architekten oder Zivilingenieur erstellt werden müssen und beanstanden zu Recht diese Genehmigungsverfahren als übermäßig bürokratisch und nicht gerade unternehmerInnenfreundlich.

Als dokumentarisches Beispiel sei an dieser Stelle die „Futterbar“ in der Schönaugasse dargestellt:

In einem Gutachten der ASVK wurde festgestellt, dass „das Firmenschild zu einer Überladenheit an Werbeeinrichtungen führe, marktschreierisch sei und zudem sich negativ auf das Erscheinungsbild des umliegenden Stadt- und Straßenbildes auswirke“.

Es wird in diesem Gutachten allerdings in keiner Weise objektiv nachvollziehbar begründet, welche Faktoren es ausmachen, die die Ausführung eines Firmenschildes „marktschreierisch“ erscheinen lassen oder sich „negativ auf das Erscheinungsbild des umliegenden Stadt- und Straßenbildes auswirken“.

Einerseits soll ja gerade ein Firmenschild/Werbetafel – insbesondere im innerstädtischen Geschäftsbereich – entsprechend auffallen, denn die UnternehmerInnen wollen ja ihre potentiellen Kunden auf sich aufmerksam machen und zum Eintreten in das Geschäft veranlassen.

Andererseits bietet sehr oft – so wie auch im gegenständlich beschriebenen Fall - der Anblick auf die umliegenden Straßenzüge den subjektiven Eindruck eines bereits bestehenden „Schilderwaldes“ mit den unterschiedlichsten Farben und Formen, die in Summe bei weitem mehr das Stadt- und Straßenbild beeinträchtigen als so manche neu beantragte – so wie die gegenständlich beschriebene - Ankündigungstafel.

Genau dies hat zur Folge, dass die UnternehmerInnen die Spruchpraxis der ASVK als intransparent kritisieren. Die Spruchpraxis der ASVK beziehe sich lediglich auf den jeweiligen Einzelfall und beruhe auf subjektiven Ästhetikvorstellungen der Gutachter und nicht auf objektiv für alle nachvollziehbare Kriterien.

Es ist daher aus derzeitiger Sicht für die UnternehmerInnen nicht immer vorhersehbar, welche Ausführungsart der beantragten Firmentafel die Kriterien der ASVK erfüllen wird und welche nicht. Für die UnternehmerInnen bedeutet dies eine große Rechtsunsicherheit im Genehmigungsverfahren.

Auch die diesbezüglich vom Landesgesetzgeber erlassene Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 25. November 1985 über die Gestaltung von Ankündigungen im Schutzgebiet nach dem Grazer Altstadterhaltungsgesetz 1980 (Stammfassung: LGBl. Nr. 3/1986) ist nur sehr „schwammig“ formuliert und gibt keine konkreten Hinweise auf die konkreten Gestaltungsvorschriften von Ankündigungs-/Firmentafeln.

Daher ist die Ausarbeitung einer entsprechenden Richtlinie für die Anbringung von Ankündigungstafeln insbesondere im Hinblick auf Ausführung, Anbringung bzw. Auswirkung auf das bestehende Stadt- und Straßenbild dringend erforderlich. Dies sollte auch entsprechende visuelle Ausführungsbeispiele enthalten. Eine daraus resultierende allenfalls erforderliche Anpassung der Landesverordnung sollte ebenso im Zuge dieser Ausarbeitung überprüft werden.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, „die für die Genehmigung von Ankündigungstafeln zuständige Bau- und Anlagenbehörde möge unter Beiziehung des Amtes für Stadtplanung und der ASVK (Altstadtsachverständigenkommission) eine entsprechende Richtlinie ausarbeiten, welche nach objektiv nachvollziehbaren Kriterien, die Genehmigung derartiger Firmentafeln regelt. Eine entsprechende Richtlinie sollte bis zum März 2014 dem Gemeinderat zur Beratung bzw. Beschlussfassung vorgelegt werden“.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Milchautomaten

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wer eine Familie hat, kennt die Situation: Meist mehrmals in der Woche muss Milch nachgekauft werden. Viele GrazerInnen greifen bei der Auswahl dabei zu regionalen Produkten, um sich der Frische und Qualität sicher zu sein und lange Lieferwege zu vermeiden. Dennoch wird auch diese Milch in Tetrapacks verkauft, die, sofern sie getrennt gesammelt werden, zwar recycelt werden können, viel zu oft aber im Müll landen.

Dies könnte vermieden werden, wenn sich die VerbraucherInnen die Milch mit eigenen Behältnissen aus einem Automaten zapfen würden. In Graz gibt es bisher jedoch lediglich zwei dieser Automaten, beide sogar an recht wenig frequentierten Orten. Würde die Stadt Graz an insbesondere von Familien viel frequentierten Orten wie an Spielplätzen oder vor Schulen kostenlos Plätze zur Verfügung stellen, dann würden sicherlich viele Familien dieses Angebot nutzen. Sie müssten nicht extra einen Weg machen, sparen Geld (da die Milch im Automaten etwas günstiger ist als im Supermarkt) und kaufen ein regionales, frisches Produkt, dessen ProduzentIn damit direkt unterstützt wird.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden aufgefordert zu prüfen, an welchen von Familien viel frequentierten Orten den Aufstellern von Milchautomaten kostenlos Plätze zur Verfügung gestellt werden können und wie dies mit einer

Kampagne bei Bauern aus der Region bekannt gemacht werden kann. Zudem soll eine Förderung der Aufsteller/innen in Erwägung gezogen werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Aufstellen erforderlicher Mistkübel in Richtung Obere Platte (Mariatrost)

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivantrag nur schriftlich:

Die Obere Platte im Bezirk Mariatrost ist ein beliebtes Ausflugsziel bei Alt und Jung. Was vielen Spaziergänger/innen aber nicht gefällt, ist die fehlende Ausstattung mit Mistkübeln auf den Zugangswegen dorthin. So werden Abfälle eben rasch, aber äußerst unpassend, in der Natur entsorgt.

Statt teure Plakatkampagnen durchzuführen (wie sie vor nicht langer Zeit in ganz Graz zu sehen waren), sollte eher darangegangen werden, die Abfallentsorgung durch Mistkübel in besagtem Bereich zu ermöglichen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

A n t r a g :

Die Stadt Graz ersucht die Holding Graz Services um die Installierung von Mistkübeln im Bereich, der im Motivenbericht geschildert wurde.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Bessere Ausleuchtung der Fahrpläne

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Gerade in den aktuellen Wintermonaten schwindet das Tageslicht sehr früh. Viele Fahrpläne an den Haltestellen der Holding Graz Linien sind daher schon am späten Nachmittag schwer oder gar nicht mehr lesbar. Dass sämtliche Anzeigetafeln mit einer Lichtquelle ausgestattet werden, kann nicht erwartet werden, aber bei jenen in den Wartehäuschen wäre es wünschenswert, dass sie besser beleuchtet werden oder zumindest von der Beleuchtung der Werbewände profitieren.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

A n t r a g :

Die Stadt Graz ersucht, die betreffenden Stellen mögen im Sinne des Motiventextes Maßnahmen treffen, die die bessere Ausleuchtung der Fahrpläne an den Haltestellen der Holding Graz Linien gewährleisten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Bessere Kennzeichnung der Straßenbahnen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Viele Straßenbahnen in Graz lassen eine klare Linienbezeichnung an ihrer Längsseite vermissen. Das führt häufig zu Verwechslungen, Hektik und Ärgernissen bei den Fahrgästen. Eine deutlichere Kennzeichnung wäre zu begrüßen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

A n t r a g :

Die Stadt Graz ersucht die Holding Graz Linien, ihre Straßenbahnen längsseitig mit deutlicheren Linienbezeichnungen auszustatten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Instandhaltung des Gedenksteins für die jüdischen Frontkämpfer

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie bei der Gedenkveranstaltung kurz vor Allerheiligen am Israelitischen Friedhof zu erkennen war, ist die Stätte der Erinnerung an die jüdischen Frontkämpfer in einem

sehr bedauerlichen Zustand. Es stünde der Stadt Graz gut an, für die Pflege dieses Bereichs in Zukunft zu sorgen. Ziel sollte sein, dass auch an den wenigen Tagen, an denen der Israelitische Friedhof besucht werden kann, besagter Gedenkstein und sein Umfeld in würdigem Zustand vorzufinden ist.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, den Gedenkstein und sein Umfeld für die jüdischen Frontkämpfer zu restaurieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Taktverdichtung der Linie 1 zwischen 5 und 6 Uhr

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht zur schriftlich:

Wie in der letzten Bezirksversammlung von Mariatrost mehrmals zu hören war, sind die BewohnerInnen des Bezirks mit der Anbindung durch den öffentlichen Verkehr vor allem in den Morgenstunden nicht besonders zufrieden. So wurde kritisiert, dass die Straßenbahnlinie 1 zwischen 5 und 6 Uhr morgens nur drei Mal fährt. Eine Verdichtung in dieser Zeit würde für viele arbeitende Menschen – etwa in den Spitälern – Erleichterung bringen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz ersucht die Holding Graz Linien um die Erhöhung der Straßenbahnfrequenz der Linie 1 zwischen 5 und 6 Uhr früh.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Verdoppelung der Bezirksratsbudgets

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit fast drei Jahren wurden die Bezirksratsbudgets nicht mehr erhöht. Gerade einmal 70 Cent pro Bezirksbewohner/in laut Zentralem Melderegister (ZMR) und Jahr wendet die Stadt Graz derzeit dafür auf. Für das Jahr 2013 ergibt das in Summe den Betrag von € 185.045,70.

Demokratisch und unbürokratisch vergeben die Vertretungen der 17 Grazer Stadtbezirke Förderungen an Projekte, die in den einzelnen Stadtteilen Wichtiges leisten. Darum wäre es notwendig, sie auch mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. Gerade vor Ort weiß man ja, wo der Schuh drückt.

Eine Verdoppelung des Bezirksbudgets durch die Stadt Graz von 70 Cent auf € 1,40 pro Einwohner/in und Jahr würde rund € 185.000,- ausmachen. Im Mai dieses Jahres wurde eine Erhöhung der Parteienförderung von € 963.900,- im Jahr 2012 um € 1.344.400,- auf € 2.308.300,- beschlossen. Die zusätzlichen Kosten für die Erhöhung

der Bezirksbudgets sollen durch eine aliquote Reduzierung der auf die einzelnen im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien entfallenden Parteienförderungsgelder aufgebracht werden. Aus aktueller Sicht würde eine solche Bedeckung die Parteienförderung um lediglich 8 % verringern.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der im Motivenbericht genannte Vorschlag wird aufgegriffen und bei den Planungen für das Budget 2015 berücksichtigt. Sollte die Parteienförderung im Jahr 2015 jedoch wieder auf das Niveau von 2012 gesenkt werden, ist dieser Antrag als gegenstandslos zu betrachten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Jakominiplatz – Grünraum- und Erholungskonzept

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bei der Neugestaltung des täglich von bis zu 80.000 Personen frequentierten Jakominiplatzes im Jahre 1996/97 sind leider viele Fehler passiert, die erst nach Fertigstellung der Umbauarbeiten zum Vorschein kamen. Eine fehlerhafte Planung gab es insbesondere bezüglich Baumpflanzungen und Erholungsmöglichkeiten. Zu kleine Baumscheiben und nicht ausreichend unterirdischer Platz für den Wurzelraum

machen den Bäumen schon seit der Umgestaltung des Platzes schwer zu schaffen. An vielen Standorten sind seither die Bäume schon abgestorben. Viele Neupflanzungen waren notwendig, die sicher auch schon sehr viel Geld gekostet haben.

Aber auch jetzt – 17 Jahre nach der Umgestaltung – können sich die Bäume noch immer nicht wirklich entwickeln. Bäume, die bereits im Juli oder August die Blätter verlieren, abgestorbene Bäume und Baumstümpfe prägen das traurige Bild des Jakominiplatzes. Schon seit Jahren ist der Jakominiplatz ein regelrechter Baumfriedhof.

Auch gibt es sehr wenige Plätze zum Wohlfühlen.

Besonders schlimm ist das Warten auf die Straßenbahn und den Autobus in den Sommermonaten, wenn die Hitze der Stadt besonders drückt. Deshalb gibt es schon seit Jahren den vielfachen Wunsch der BürgerInnen, rund um das Rondeau einige zusätzliche Bäume zu pflanzen und weitere Sitzgelegenheiten zu schaffen. Dieser Wunsch wurde bisher immer mit dem Argument abgetan, erst den derzeitigen Baumbestand nachhaltig zu sichern und dann erst über Zusatzpflanzungen nachzudenken.

Ich denke, es ist nun jedoch höchst an der Zeit, ein Gesamtsanierungskonzept für die Bäume, aber auch für weitere Erholungsmöglichkeiten am Jakominiplatz auszuarbeiten. So wäre beispielsweise an einigen Punkten eine Bepflanzung der Baumscheiben mit Bodendeckern möglich, und auch der Einsatz von Rundbänken um die Bäume herum wäre denkbar.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der zuständige politische Referent werden ersucht zu prüfen, wie ein Grünraum- und Erholungsgesamtkonzept für den Jakominiplatz entsprechend dem vorstehenden Motivenbericht rasch erstellt und umgesetzt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Verkehrsberuhigungsmaßnahmen – Theodor-Storm-Straße

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Theodor-Storm-Straße, zwischen der St.-Peter-Hauptstraße und dem Neufeldweg gelegen, mutiert immer mehr zur Durchzugsstraße mit immer größer werdender, bedrohlicher Verkehrssituation. Immer mehr VerkehrsteilnehmerInnen verwenden die Route über die Theodor-Storm-Straße als Schleichweg zur St.-Peter-Hauptstraße in Richtung Mur- und angrenzenden Gewerbepark. Besonders die Zunahme des LKW-Verkehrs, der über die Route durch die engen Straßen zum angrenzenden Gewerbepark, wie z. B. Temmel Logistic, International Logistik Gateway, Johnson Control und Styria sowie auch in Richtung Murpark zufährt, verschärft die Situation zusätzlich.

Diese überaus stark zunehmende Verkehrsfrequenz entlang der Theodor-Storm-Straße hat zur Folge, dass die Lebensqualität für die BürgerInnen drastisch zurückgegangen ist. Zahlreiche motorisierte VerkehrsteilnehmerInnen ignorieren darüber hinaus tagtäglich die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h. Dadurch entstehen auch potentielle Gefahren für die vielen SchülerInnen, deren täglicher Schulweg durch die Theodor-Storm-Straße führt.

Mehrere BürgerInnen des betroffenen Gebietes fordern nun als wirksame Verkehrsmaßnahme die Sperre der Theodor-Storm-Straße für den LKW-Verkehr oder zumindest die Errichtung von wirksamen Tempobremsen in Form von Bodenschwellen, Pollern oder auch schweren Blumenkisten. Damit würde nicht nur der Schwerverkehr eingebremst werden, auch der restliche Individualverkehr würde

sich aufgrund der Tempobremsen den Schleichweg über die Theodor-Storm-Straße überlegen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Verkehrsreferent werden ersucht zu prüfen, in welcher Form die Umsetzung der im Motivenbericht vorgeschlagenen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zum Wohle der BürgerInnen in diesem vom Individual- und Schwerverkehr extrem belasteten Gebiet rasch umgesetzt werden kann. Nach erfolgter Prüfung soll eine rasche Realisierung der infrage kommenden Maßnahmen stattfinden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Nelson-Mandela-Platz bzw. Nelson-Mandela-Allee

GR. **Grossmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit Nelson Mandela ist am 5. Dezember eine Persönlichkeit verstorben, die als eine der herausragendsten VertreterInnen im Kampf für Menschenrechte und Freiheit, gegen Unterdrückung, Rassentrennung und soziale Ungerechtigkeit in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart galt. Er war nicht nur Vorkämpfer gegen die Apartheid

– das besondere Verdienst von Nelson Mandela war es, im Geist des Miteinanders entscheidend dazu beizutragen, dass Südafrika den Weg der Versöhnung beschritt und sich zu einem demokratischen, an den Prinzipien der Gleichheit orientierenden Staat entwickelt. Dafür erhielt Nelson Mandela 1993 den Friedensnobelpreis zuerkannt, und nicht zuletzt dafür wurde Nelson Mandela weltweit als moralische Instanz in Fragen der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit geschätzt.

Gerade als Menschenrechtsstadt wäre in diesem Sinne auch die Stadt Graz gefordert, diese große Persönlichkeit entsprechend zu würdigen, indem etwa im Umfeld der Universität Graz oder im Stadtpark ein Platz bzw. eine Allee nach ihm benannt wird. Und idealerweise könnte man – als besonderes Zeichen – sogar die Gelegenheit nutzen, mit einer solchen Benennung einen „belasteten“ Namen zu ersetzen.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g ,

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, im Sinne des Motivenberichts einen Platz oder eine Allee nach Nelson Mandela zu benennen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Förderung des Einzelhandels und gewerblicher Strukturen in der Stadt Graz

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Stadt Graz forciert seit längerer Zeit im Bereich der Wirtschaftsförderungen die Subvention zahlreicher innovativer Wirtschaftssegmente. Nicht zuletzt profitieren davon Vertreter der Kreativwirtschaft und der Beratungsbranchen. Es ist also festzuhalten, dass hier auch verstärkt Ein-Mann-Betriebe in den Genuss dieser Förderungen kommen. Die konventionellen Handelsformen wie Verkauf, Einzelhandel, Gewerbe bleiben oftmals auf der Strecke. Beispielgebend sei angeführt, dass sogar die Baustellenförderung – ohnehin nur ein marginales finanzielles Trostpflaster – ersatzlos gestrichen wurde. Trotz aller Bekundungen, in Zukunft sparsam wirtschaften zu wollen, muss eine Stadt wie Graz allen Wirtschaftssegmenten und Unternehmensformen unterstützend zur Seite stehen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, im Rahmen der bestehenden Finanzpositionen und im Rahmen des bereits veranschlagten Budgetentwurfs eine Umschichtung oder Neugestaltung der Subventionen vorzunehmen, die dazu geeignet ist, alle in unserer Stadt vorkommenden Wirtschaftssegmente und Handelsformen zu unterstützen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Prüfung einer Optimierung der Anbindung des Bereiches Hauptbahnhof-West bzw. der Haltestelle Daungasse – Wasserturm in der Waagner-Biro-Straße an den Grazer Westen und Südwesten

GR. **Dreieibner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Endlich, nach vielen Jahren, hat der Grazer Westen mittlerweile über den Personentunnel Nord einen direkten fußläufigen Zugang zum Grazer Hauptbahnhof. Dies stellt eine Verbesserung für viele Menschen im sogenannten Eggen-Lend dar.

Allerdings wird dieser Westzugang zum Hauptbahnhof durch die Holding Graz Linien Verkehr nach wie vor kaum bedient, nur die Buslinie 85 aus und nach Gösting ist mit einer Haltestelle angebunden. Menschen aus Eggenberg oder Wetzelsdorf können noch immer nicht, ohne umsteigen zu müssen, zur Westseite des Personentunnel-Nord gelangen.

Gerade zum jetzigen Zeitpunkt, wo ein völlig neuer Stadtteil Reininghaus (vorerst) per Bus-Konzept erschlossen werden soll, müsste aus unserer Sicht auch eine Direktanbindung des neuen Stadtteiles Reininghaus sowie weiterer im Grazer Westen liegender Gebiete (Wetzelsdorf und Eggenberg Süd) an den Grazer Hauptbahnhof ernsthaft in Erwägung gezogen und geprüft werden.

So könnte etwa die Buslinie 33, die bereits jetzt zumindest im westlichen Bereich das Reininghaus-Gebiet streift und große Teile des Bezirkes Wetzelsdorf relativ gut bedient, bis zur Haltestelle Daungasse – Wasserturm geführt werden, um so für jetzige und zukünftige BewohnerInnen und NutzerInnen der genannten Quartiere eine optimale Anbindung an den Hauptbahnhof herzustellen. Damit könnte der Stadtteil Reininghaus sowohl eine akzeptable Anbindung an die steirische S-Bahn als auch an den überregionalen Bahnverkehr erhalten.

Eine solche Direktanbindung für Reininghaus erscheint mir auch deswegen vorrangig und überaus wichtig, da das Straßenbahnprojekt Südwest-Linie, das u.a. Reininghaus an den S-Bahnhof Don Bosco anbinden hätte sollen, in dieser Dekade leider wohl nicht mehr entscheidend weiter betrieben werden wird.

Im diesem Sinne stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Stadtrat Eustacchio wird aufgefordert, im Zuge der Erstellung eines Bus- und ÖV-Erschließungskonzepts für Reininghaus und den Grazer Westen auch die Anbindung des Grazer Hauptbahnhofs bzw. des Personentunnel-Nord in der Waagner-Biro-Straße zu prüfen.

Darüber hinaus möge geprüft werden, inwieweit eine teilweise Umlegung bzw. Verlängerung der bereits bestehenden Buslinie 33 im o.a. Sinne geeignet wäre, sowohl Reininghaus als auch den Bezirk Wetzelsdorf besser an den Hauptbahnhof und damit an den (über-)regionalen Schienenverkehr anzubinden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Prüfung und Einrichtung zweier Wohnstraßengebiete im Bezirk Straßgang

GR. **Dreiebner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Immer mehr PKW-LenkerInnen versuchen, Staus oder einer Staugefahr in den übergeordneten Straßen des Grazer Südwestens zu entkommen. Dabei weichen naturgemäß zu viele über Schleichwege und Routen durch Wohngebiete aus. Betroffen davon sind auch die Menschen in den Straßenzügen Zahläckerweg, Melanweg und Guldinweg sowie die AnrainerInnen entlang der Straßen Schwarzer Weg, Hochkoflerweg und Brandauerweg. Durch genannte Straßen und Straßenteile fließt sehr viel Verkehr, der die Bereiche der Kärntner Straße und Teile des Weblinger Gürtels umgehen will.

Alle diese Straßen sind weder per Definition noch aufgrund ihrer baulichen Gegebenheiten für einen überregionalen Durchzugsverkehr vorgesehen oder geeignet. Die geringen Straßenquerschnitte und die fehlenden Gehsteige und Radwege verschlimmern die Lage, die der steigende Schleichverkehr mit sich bringt. Die Situation wird für die BewohnerInnen dieser Straßen zunehmend unzumutbar sowohl aufgrund der steigenden Luftschadstoffe, der Verschlimmerung der Lärmbelastung, aber auch durch die zunehmenden Gefahrensituationen für FußgängerInnen und RadfahrerInnen, insbesondere für Kinder.

Nun haben BürgerInnen aus Melanweg, Guldinweg und Zahläckerweg bereits im Frühsommer samt Unterschriften Kontakt zur Abteilung für Verkehrsplanung und zum zuständigen Stadtrat Eustacchio aufgenommen und um Prüfung bzw. Einführung einer Wohnstraße ersucht. Allerdings gibt es bis heute keine Reaktion bzw. keine Zu- oder Absage für entsprechende Maßnahmen i. S. der Wohnbevölkerung.

Eine weitere BewohnerInnen-Initiative im Bereich Schwarzer Weg, Zahläckerweg, Hochkoflerweg und Brandauerweg sammelt nun seit einigen Wochen ebenfalls Unterschriften mit dem Ziel, ein Wohnstraßengebiet verordnet zu bekommen.

Grundsätzlich besteht ja die Zusage des Verkehrsstadtrats, dass er bereit sei, pro Jahr drei Wohnstraßenprojekte zu prüfen und umzusetzen.

Im diesem Sinne stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Stadtrat Eustacchio wird aufgefordert, für die erwähnten Straßen und Straßenteile im Bezirk Straßgang, das sind die Straßen Zahläckerweg, Melanweg und Guldinweg sowie Schwarzer Weg, Zahläckerweg, Hochkoflerweg und Brandauerweg die Einführung von Wohnstraßen lt. StVO zu prüfen und entsprechend der Ergebnisse und der Wünsche der AnwohnerInnen ehestmöglich umzusetzen.

Über die Ergebnisse sowohl der Prüfung durch die Abteilung für Verkehrsplanung sowie über die einzelnen Schritte und den zeitlichen Ablauf der Umsetzung ist dem Verkehrsausschuss spätestens bis Februar 2014 ein schriftlicher Informationsbericht vorzulegen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Unterstützung der Initiative „Writers Against Surveillance“ durch die Stadt Graz – weltweite Initiative der AutorInnen Ilija Trojanow, Juli Zeh und Eva Menasse und 500 ihrer KollegInnen für globalen Datenschutz und digitale BürgerInnenrechte

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit Veröffentlichung in etlichen Qualitätsmedien und öffentlichen Auftritten haben die AutorInnen Ilija Trojanow, Juli Zeh und Eva Menasse anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte eine bemerkenswerte und für unser digitales Zeitalter enorm wichtige weltweite Initiative für digitale BürgerInnenrechte und gegen staatliche Überwachung gestartet: „Writers Against Surveillance“

"Das massive Sammeln von Daten ist ein Eingriff in die Bürgerrechte und die Meinungsfreiheit. Das ist vorseilender Sicherheitswahn und eine proaktive Repression", begründet der in Wien lebende Autor Trojanow in einem Gespräch mit dem STANDARD die Initiative. (<http://derstandard.at/1385170413595/500-Autoren-fordern-UN-Konvention-fuer-digitale-Buergerrechte>).

Ziel des Aufrufs ist „eine UN-Konvention mit dem Ziel, 'dass jeder Bürger das Recht hat mitzuentcheiden, welche seiner persönlichen Daten gesammelt, gespeichert und verarbeitet werden und von wem'“ (STANDARD) und die Notwendigkeit „Bürgerrechte, die wir im analogen Bereich haben, auf den digitalen Bereich zu übertragen“ (Ilija Trojanow auf <http://www.tagesschau.de/multimedia/video/video1358226.html>) Rund 500 Autorinnen und Autoren aus 55 Staaten haben sich diesem Aufruf angeschlossen, unter diesen sind mit Elfriede Jelinek, Günter Grass, Orhan Pamuk, Tomas Tranströmer und John Maxwell - Coetzee auch fünf LiteraturnobelpreisträgerInnen. Und allein auf der Online-Version auf:

Die InitiatorInnen

- fordern, „dass jeder Bürger das Recht haben muss mitzuentcheiden, in welchem Ausmaß seine persönlichen Daten gesammelt, gespeichert und verarbeitet werden und von wem; dass er das Recht hat zu erfahren, wo und zu welchem Zweck seine Daten gesammelt werden; und dass er sie löschen lassen kann, falls sie illegal gesammelt und gespeichert wurden.
- [...] rufen alle Staaten und Konzerne auf, diese Rechte zu respektieren.
- [...] rufen alle Bürger auf, diese Rechte zu verteidigen.
- [...] rufen die Vereinten Nationen auf, die zentrale Bedeutung der Bürgerrechte im digitalen Zeitalter anzuerkennen und eine verbindliche Internationale Konvention der digitalen Rechte zu verabschieden,
- [...] rufen alle Regierungen auf, diese Konvention anzuerkennen und einzuhalten.“

Auch wenn Gemeinderat und Stadtregierung natürlich auf anderer Ebene tätig werden als staatliche Regierungen, so sollte die Menschenrechtsstadt dieses so aktuelle Menschenrechtsinitiative aktiv unterstützen und darauf achten, dass die Anliegen der Initiative auch in das Grundverständnis und die Praxis der Stadt in Sachen Datenschutz und digitale BürgerInnenrechte einfließen.

Daher stelle ich im Namen der Grazer Grünen – ALG, KPÖ und der Piraten folgenden

A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat möge die Initiative „Writers Against Surveillance“ für globalen Datenschutz und digitale BürgerInnenrechte anerkennen und unterstützen und dazu in einem ersten Schritt überprüfen, inwieweit die Stadt sich – etwa in ihrer Eigenschaft als Gebietskörperschaft – diesem Aufruf offiziell anschließen kann. Weiters soll die Stadt Graz in ihrem öffentlichen Agieren (etwa durch stadteigene Medien wie etwa der „BIG“ oder mit Veranstaltungen) auf die Wichtigkeit digitaler BürgerInnenrechte hinweisen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Sanierung des Baumbestandes am Lendplatz

GR. ⁱⁿ Mag. ^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Bezirksrat des Bezirks Lend hat in seiner letzten Sitzung einen Antrag für die rasche Sanierung des Baumbestands am Lendplatz beschlossen, bei der auf optimale Bedingungen, die ein gesundes Wachstum der Bäume ermöglichen, wie z. B. ausreichend große Baumscheiben, gute Standorte etc., Bedacht genommen werden soll.

Der Anlass dieses Antrags ist augenscheinlich: Viele Bäume am Lendplatz sind bereits abgestorben bzw. in einem sehr schlechten Zustand. Stressfaktoren wie Trockenheit, Salzstreuung, Schotter, alte Böden und an sich durch veränderte Nutzungen ungeeignete Standorte tragen zu diesem Zustand bei. Ein weiterer Faktor ist der Umstand, dass Baumstandorte von einer Genehmigung zur Nutzung als Gastgarten nicht ausgenommen werden und daher der Baumstamm oft nicht ausreichend freigehalten wird. Laut Holding Graz/Grünraum ist die Sanierung der Baumbestandsflächen am Lendplatz bereits seit Jahren notwendig und angedacht.

Gerade Bäume stellen für die Bevölkerung, die Standlerinnen und Standler am Lendplatz sowie die dortigen Gastgewerbebetriebe vor allem im Sommer einen wichtigen Faktor dar.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen mögen die bereits seit Jahren notwendige Sanierung der Baumbestandsflächen am Lendplatz unter besonderer Bedachtnahme auf den Erhalt vorhandener vitaler Bäume und die Schaffung optimaler Baumstandorte für Neupflanzungen ehebidigst in Angriff nehmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 18.00 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Waltraud Haas-Wippel

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb